



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit
und öffentlicher Dienst
ING. HARALD Ettl

II-12094 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.260/144-I/6/90

24. Juli 1990

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

5565 IAB

1990 -07- 26

Parlament
1017 W i e n

zu 5754/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Pischl und Kollegen haben am 26. Juni 1990 unter der Nr. 5754/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Bedenken der Tiroler Bevölkerung gegen den Standort Venetberg als Atommülllager gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wann wird voraussichtlich die Entscheidung über einen Standort zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle von Seibersdorf fallen?
2. Warum wurde Tirol in den Standortkatalog wiederum aufgenommen, obwohl vor Jahren schon von Seiten der Tiroler Landesregierung und der Landesgeologen eine solche Endlagerstätte abgelehnt wurde?
3. Können Sie - angesichts der vorliegenden Bedenken vor allem in tektonischer Hinsicht - ausschließen, daß der Standort Venetberg als Endlagerstätte für den radioaktiven Abfall des Forschungszentrums Seibersdorf in Frage kommt?
4. Können Sie garantieren, daß der zukünftige Standort ausschließlich zur Endlagerung von österreichischen radioaktiven Abfällen herangezogen wird?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

- 2 -

Zu Frage 1:

Das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf ist beauftragt, bis Jahresende 1990 aus den 16 Standortbereichen jene Standortbereiche herauszufiltern, an denen aus naturwissenschaftlicher Sicht sinnvoll weitere Untersuchungen durchgeführt werden sollen. Die endgültige Beurteilung, ob ein Standort geeignet ist, wird erst nach Abschluß aller erforderlichen Untersuchungen (Bericht der AG 5 der Ela-Studie) möglich sein. Für diese Untersuchungen ist ein Zeitraum von weiteren zwei Jahren zu veranschlagen.

Zu Frage 2:

In die Bewertung der Standorte werden selbstverständlich alle verfügbaren sachlichen Stellungnahmen, so auch die der Tiroler Landesgeologen, einbezogen. Zusammenfassungen der geologischen und hydrogeologischen Befunde wurden Mitte Mai 1990 an die Länder zur Stellungnahme ausgesandt und in einer Besprechung am 26. und 27. Juni 1990 erörtert. Dabei wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß die geologischen Darstellungen geeignet sind, Eingang in die Standortbeurteilungen zu finden. Eine Bewertung der Standorte wurde nicht durchgeführt; diese ist das Ziel der nunmehr in Aussicht genommenen Sicherheitsanalysen, in die auch geologische Befunde eingehen.

Zu Frage 3:

Fragen der Tektonik werden im Detail noch diskutiert werden, wobei vor allem auf Fragen der Änderungen der Bebenauswirkungen mit der Tiefe des Wirtsgesteins Bedacht zu nehmen sein wird. Auf der Basis des derzeitigen Wissensstandes kann somit noch kein Standort ausgeschlossen werden.

- 3 -

Ich halte nochmals fest, daß ich mir eine Standortentscheidung nur im Konsensweg unter Einbeziehung der Stellungnahmen der betroffenen Länder, Gemeinden und der Bevölkerung vorstellen kann.

Zu Frage 4:

Das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf wurde vom Bundeskanzleramt am 30. Dezember 1988 mit der "Auffindung eines geeigneten Standortes für ein Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle" beauftragt, wobei vertraglich ausdrücklich festgelegt wurde, daß dieses Endlager ausschließlich für österreichische radioaktive Abfälle bestimmt ist. Darüber hinaus wird für die erforderlichen Betriebsgenehmigungen für das Endlager die eindeutige Festlegung auf den österreichischen Abfall vorzusehen sein.

